

Hr. Ruud LUBBERS (Ministerpräsident, Niederlande)

(Simultanübertragung aus dem Englischen): Herr Präsident, gemeinsam sind wir mit der Aufgabe konfrontiert, ein demokratisches, friedliches und vereintes Europa zu schaffen. Wenn ich sage "wir", meine ich nicht nur die hier vertretenen Länder, die sich auf dem Kontinent Europa befinden, sondern auch die Vereinigten Staaten und Kanada. Nordamerika und Europa sind Bestandteile derselben Zivilisation. Sie sind nicht nur historisch und wirtschaftlich miteinander verbunden, sondern teilen auch eine gemeinsame Vision der Demokratie, der konstitutionellen Form der Regierung und der Freiheit.

Das neue Vertrauen und die Zusammenarbeit, die die Beziehungen in Europa in den letzten Jahren geprägt haben, haben bereits zu zwei sehr positiven Errungenschaften geführt: Zu der Einigung Deutschlands und dem KSE-Vertrag. Als Nachbarn, Partner und Verbündete des neuen Deutschlands haben wir in den Niederlanden Vertrauen in eine enge Zusammenarbeit mit einem vereinten, demokratischen Deutschland sowohl im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft wie auch des Atlantischen Bündnisses.

Der KSE-Vertrag hat historische Bedeutung. Die Tatsache, daß es den beiden Bündnissen gelungen ist, sich darauf zu einigen, die konventionellen Waffen auf ein sehr viel niedrigeres Niveau zu schrauben, ist ein Beweis für den Realismus, den guten Willen und das gegenseitige Vertrauen dieser zweiundzwanzig Länder. Um größere Sicherheit und Stabilität erreichen zu können, und, allgemein ausgedrückt, eine größere Offenheit und mehr Vertrauen, sollten Rüstungskontrollverhandlungen auch nach Helsinki weitergeführt werden, und dies ohne Unterbrechung, aber in einem größeren Rahmen.

Die Dynamik des Rüstungskontrollprozesses sollte aufrecht erhalten werden. Wir dürfen uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Die Niederlande haben in Abstimmung mit ihrem Status als Depositarstaat für den KSE-Vertrag durchaus die Absicht, auch weiterhin eine aktive Rolle in der VKSE-Nachfolge zu spielen.

Zu
rtas
19
r eu
zeit

Hr. Lubbers

Es ist weiterhin zu begrüßen, daß wir heute imstande sind, ein erhebliches Paket neuer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen zu ratifizieren. Denn diese Maßnahmen stellen das Ergebnis des einzigen Forums dar, in dem sich die vierunddreißig KSZE-Teilnehmerstaaten regelmäßig treffen, um über Themen im Zusammenhang mit der europäischen Sicherheit zu diskutieren. Die Niederlande hoffen und vertrauen darauf, daß der Zeitraum bis zum nächsten KSZE-Folgetreffen in Helsinki im Jahre 1992 genutzt wird, um die Maßnahmen weiter zu erarbeiten, die uns heute vorliegen, und um eine Einigung zu den Vorschlägen, die zur Zeit noch in Wien besprochen werden, herbeizuführen.

Gleichzeitig haben wir aber auch eine neue Tagesordnung, die uns erwartet, neue Punkte im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit, die uns im breiteren Rahmen erwartet.

In den letzten Jahren hat es in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Grundfreiheiten erhebliche Fortschritte gegeben. Die Herausforderung, mit der wir jetzt konfrontiert sind, besteht darin, die erzielten Fortschritte zu konsolidieren und zu festigen. Ich möchte mich hier auf einen Vorschlag, der von den Niederlanden vorgelegt worden ist, beziehen, im Zusammenhang mit der Stärkung des Mechanismus der menschlichen Dimension, welche die Absicht hat, die Wahrung der Menschenrechte besser verifizieren zu können.

Von den Menschenrechten ist es, Herr Präsident, nur ein kleiner Schritt bis zum Europarat, dem Hüter par excellence europäischer Normen und Werte. Wir sind sehr froh festzustellen, daß Ungarn vor kurzem vierundzwanzigster Mitgliedsstaat geworden ist, und ich hoffe, daß die Mitgliedschaft des Rates in naher Zukunft noch mehr erweitert wird.

Die friedliche Schlichtung von Streitfällen ist ebenfalls Diskussionsthema in Wien gewesen, und wir hoffen, daß das Expertentreffen in Valletta, das sich ja ausschließlich mit diesem Thema beschäftigen wird, eine Einigung über einen Mechanismus für die friedliche Schlichtung von Streitfällen mit der obligatorischen Zuziehung Dritter erreichen wird. Die Niederlande sind nach wie vor der Ansicht, daß die KSZE sich dort, wo möglich,

auf bestehende Organisationen beziehen sollte, um Doppelarbeit zu vermeiden. Herr Präsident, in diesem Zusammenhang möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch einmal auf diese wertvolle Rolle des ständigen Schiedsgerichtes und auch des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag richten.

Zusammenarbeit, Kooperation ist der Schlüssel für sämtliche KSZE-Aktivitäten. Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem wie auch auf politischem Feld. Wirtschaftliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und eine Bewußtwerdung unserer Verantwortung für die Umwelt sind vital für Wohlstand und Wohlergehen. Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes ist deswegen auch einer der Hauptpunkte auf der Tagesordnung der 90er Jahre. Letzlich ist es so, daß Umweltverschmutzung keine nationalen Grenzen kennt. Unser Kontinent, Herr Präsident, ist so wunderschön, daß wir es nicht zulassen dürfen, daß er zerstört wird.

Die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas sind mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, aus einer Kommandowirtschaft eine Marktwirtschaft zu machen. Es ist im Interesse eines jeden, daß dieser Übergang ein Erfolg ist. Eine große Anzahl internationaler Organisationen unterstützen dies bereits, auch durch direkte Transfers. Ein extensives Programm ist erarbeitet worden, auf der Grundlage des G-24-Aktionsplanes, welcher sowohl durch bilaterale als auch durch multilaterale Abkommen implementiert wird. Eine weitere wichtige Rolle hat die Europäische Gemeinschaft als Koordinator der G-24- Aktivitäten.

Die Niederlande zeigen auf verschiedene Art und Weise, wie sehr ihnen die mittel- und osteuropäischen Länder am Herzen liegen. Ich beziehe mich hier auf die Dringlichkeitshilfe für die Länder dieser Region und auch den Know-how-Fonds, den wir eingeführt haben, um den Transfer von Know-how in diesen Bereichen, wo die Niederlande traditionellerweise sehr stark sind, zu erleichtern, wie Landwirtschaft, öffentliche Bauten und Umwelt, und auch das Programm im Zusammenhang mit Entwicklung und Zusammenarbeit.

Ich möchte jetzt auf einen Plan zu sprechen kommen, den ich bei der Dubliner Sitzung des Europäischen Rates im Juni bereits vorgelegt habe, und damit meine ich die Entwicklung einer europäischen Energiegemeinschaft als Grundlage für eine engere Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa. Warum,

Hr. Lubbers

werden Sie vielleicht fragen, sollte sich eine solche Zusammenarbeit insbesondere auf das Thema Energie beziehen? Nun, der Gedanke hinter meinem Vorschlag ist ein politischer Gedanke. Ich bin davon überzeugt, daß Energie ausschlaggebend ist für das Funktionieren der Marktkräfte. Der Markt wird in Zukunft ein wichtiges Element in der paneuropäischen Zusammenarbeit sein. Der Markt, auf den ich mich hier beziehe, ist die "unsichtbare Hand" von der Adam Smith geschrieben hat. Gleichzeitig ist es aber auch so, daß Energie ein Bereich ist, wo die Regierungen aufgefordert sind, aktiv zu werden und lenkend einzugreifen. Dies könnte als die "sichtbare Hand" definiert werden. Der Prozeß, der darin besteht auszuarbeiten, wie die "unsichtbare" und die "sichtbare Hand" hier kombiniert werden können und welche Aktionen wir ergreifen sollten, ist von ganz enormer Bedeutung. Wie Herr Gorbatschow heute nachmittag zu Recht sagte, brauchen wir neue Strukturen, Abmachungen zumindest, dank derer das Europa der Energie, das Energie-Europa erhalten wird.

Das Ziel ist jetzt die Zusammenarbeit im Bereich Energie zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, der EFTA und den Ost- und Mitteleuropäischen Ländern. Selbstverständlich würde ich es auch begrüßen, wenn eine solche Zusammenarbeit die europäischen Grenzen sprengen könnte, angepaßt an den KSZE-Rahmen, ausgedehnt weltweit auf andere Kontinente und Ländergruppen, Produzenten und Verbraucher, reich und arm.

Um diesen Vorschlag, zumindest was Europa anbelangt, ein bißchen auszustaffieren, würde ich eine Rahmenkonvention, eine europäische Energie-Charta vorschlagen, in der Grundprinzipien festgelegt werden, die dann für die verschiedenen Energieträger Anwendung finden würden. Eine solche Konvention müßte sich natürlich auf die Hauptthemen konzentrieren, und dabei den öffentlichen, privaten oder gemischten Unternehmen ausreichende Garantien liefern, um ihnen die Möglichkeit zu geben, tatsächlich in Mittel- und Osteuropa Geschäfte zu tätigen. Herr Präsident, ich sagte, daß die "sichtbare Hand" in Form einer Charta mit der "unsichtbaren Hand" der Marktkräfte verbunden werden muß, und damit meine ich rationelle und produktive Unternehmen. Wenn uns dies gelingt, dann können wir die Zielsetzungen des Energie-Europas verwirklichen. Diese Zielsetzungen bestehen in sicherer Energielieferung kurz- und langfristig, wie auch in den Umweltanliegen.

In beiden Bereichen ist es so, daß die umfassende Anwendung von Spitzentechnologien und Energieeinsparungstechniken von großer Bedeutung sein wird.

Angesichts der Dringlichkeit dieses Problems wird es angebracht sein, parallel zu der Ausarbeitung der Charta vielleicht mit einer ganzen Reihe spezifischer Projekte der Zusammenarbeit - die zum Beispiel auf Energieeinsparung abzielen - in unmittelbarer Zukunft zu beginnen. Ich glaube auch, daß es angebracht wäre, bestehende Instrumente und bestehende Organisationen, wie die Internationale Energieagentur hier weitestmöglich einzubeziehen.

Die Unterstützung der Industrie ist ausschlaggebend für den Erfolg dieses Plans. Wie ich gerade sagte, müssen die notwendigen Vorbedingungen für diese Unterstützung so rasch wie möglich geschaffen werden. Der Schlüssel besteht hier darin, öffentliche und private Initiative miteinander zu verbinden.

Herr Vorsitzender, die Niederlande sind bereit, diese Vorschläge weiter auszuarbeiten und ich möchte den Vorschlag von Herrn Delors in bezug auf eine Konferenz, bei der eine solche Charta erarbeitet werden würde, unterstützen.

Ein anderes Thema jetzt Herr Präsident:

Eine der Folgen der seit kurzem sehr stark verbesserten Beziehungen in Europa ist eine mobilere Bevölkerung. Etwas, was auch durchaus mit der Schlußakte von Helsinki und ihrer ursprünglichen Zielsetzung der Freizügigkeit von Ideen, Personen und Informationen in Einklang zu bringen ist. Es muß jedoch gesagt werden, daß wir im Laufe der Zeit festgestellt haben, daß diese Bewegung meistens nur in Richtung der wohlhabenden Regionen Europas ging. Dies ist eine Sache, mit der wir uns alle auseinandersetzen müssen, denn ein Abzug sämtlicher junger Talente, die eine vitale Rolle beim Wiederaufbau von Mittel- und Osteuropa zu spielen haben, wäre eine Katastrophe, genauso wie das traurige Schicksal, welches ja allzuoft die illegalen Auswanderer, die hier in Westeuropa Arbeit suchen, erwartet. Wir benötigen ein umfassendes Programm, welches auch Hilfe für mittel- und osteuropäische Länder beinhaltet, um

wirtschaftliche Engpässe zu vermeiden und um Wohlstand und Beschäftigung in allen Regionen Europas zu fördern, in Verbindung mit Maßnahmen zur Regulierung der Flüchtlingsströme und zur Bereitstellung von Informationen über die in Westeuropa geltenden Einwanderungsvorschriften.

Herr Präsident, da eine internationale Zusammenarbeit in den nächsten Jahren mit Sicherheit noch intensiver sein wird, müssen wir ihr in Form von internationalen Organisationen Ausdruck verleihen. Wir müssen geeignete Wege finden, um die alten und die neuen Organisationen miteinander zu verbinden.

Internationale Zusammenarbeit kann jedoch nicht nur aus der Konsultation zwischen Regierungen bestehen, ob sich das nun im Rahmen internationaler Organisationen abspielt oder nicht. Im neuen Europa, wo nationale Grenzen immer mehr verschwimmen werden, sollte die internationale Zusammenarbeit andere Gremien, wie etwa Hochschulen, kulturelle Institutionen, Städte und Regionen einbeziehen. Kommerzielle Joint-ventures wie auch Städtepartnerschaften bieten hier bedeutende Möglichkeiten. Nach einer unnatürlichen Teilung, die über mehr als vierzig Jahre gedauert hat, sollten unsere Gesellschaften einander näherrücken, so daß die Wunden Europas geheilt werden können.

Herr Präsident, bei dieser Sitzung werden wir über eine Reihe von neuen KSZE-Institutionen eine Entscheidung treffen. Mit dem Verschwinden seit langem bestehender politischer und militärischer Teilungen wird das neue Europa auch eine neue Art politischer Absprache zwischen den Ländern benötigen. Regelmäßige Konferenzen werden hier eine wichtige Rolle spielen, insbesondere Konsultationen zwischen Außenministern und deren Vertretern werden hier von großer Bedeutung sein, sowohl bei regelmäßigen Treffen wie bei Sondersitzungen, die auf die Initiative eines der beteiligten Länder in Absprache mit den anderen einberufen werden können.

Die Entscheidung, ein Konfliktverhütungszentrum einzurichten, ist genauso bedeutend. Die Niederlande haben eine solche Agentur von Anfang an unterstützt und hoffen, daß die VSBM-Folgeverhandlungen ihren Tätigkeitsbereich ausweiten können.

Das Büro für Freie Wahlen in Warschau wird imstande sein, einen konstruktiven Beitrag zu einer weiteren Demokratisierung in Europa und damit auch zu Einheit und Zusammenarbeit in der alten Welt zu leisten.

In diesem Zusammenhang ist die Schaffung einer KSZE-Versammlung, welche Parlamentarier aus allen Mitgliedstaaten umfassen würde, von großer Bedeutung. Erfahrungen, die bei der Versammlung des Europarates gewonnen worden sind, können hier zweifellos sinnvoll eingesetzt werden, wenn es darum geht, die Verfahren und Arbeitsmethoden für eine solche Versammlung zu bestimmen.

Zusätzlich zu der Schaffung eines neuen institutionellen Rahmens wird selbstverständlich der KSZE-Prozeß auch nach wie vor die Aufgabe haben Normen festzulegen. Es wird immer notwendig sein, die Bedeutung der tatsächlichen Durchführung von Verhaltensregeln zu unterstreichen, über die Einigung erzielt wurde. Die Folgetreffen und die Treffen zu verschiedenen Themen werden in diesem Zusammenhang eine große Rolle spielen. Deswegen erwarten wir mit Ungeduld die Ergebnisse der Treffen, die für 91 auf der Tagesordnung stehen. Insbesondere das Treffen in Valletta über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und auch das Treffen in Moskau über die Menschliche Dimension. Beides sind Themen, denen die Niederländer Priorität einräumen.

Herr Präsident, vieles ist erreicht worden, vieles bleibt noch zu tun. Es gibt hier keinen Platz für Selbstgefälligkeit. Mit Hilfe der flexiblen Instrumente, die dieser Gipfel einführen wird, hat die Gemeinschaft der europäischen und nordamerikanischen Staaten die Mittel zur Hand, dank derer sie die Herausforderung, die sie erwartet, annehmen können. Bei der nächsten Gipfelkonferenz in Helsinki im Jahre 1992 werden wir imstande sein, uns auf das zu stützen, was wir bis dahin erreicht haben. Aber zweifellos werden wir auch dann feststellen, daß uns noch sehr viel Arbeit bevorsteht.

Abschließend, Herr Vorsitzender, ist es für mich eine große Freude, mich meinen Vorrednern an dieser Tribüne anzuschließen, um meiner Dankbarkeit an die französische und österreichische Regierung Ausdruck zu verleihen, deren Gastfreundschaft und deren gute Organisation sowohl diese Gipfelkonferenz wie auch das Treffen des Vorbereitungsausschusses ermöglicht haben. Ich danke.

